

Im Namen der OrganisatorInnen begrüßen wir euch zur größten Versammlung aller Studierenden seit der Besetzung des Audimax im November 2009 in Erlangen. Wir freuen uns, dass wir hier so viele sind, obwohl wir heute im Gegensatz zum letzten Jahr ganz *legal und offiziell* hier sind.

Die Versammlung soll Themen und Probleme ansprechen, bei denen **Handlungsbedarf** besteht. Es geht um Themen, die bei den Bildungsprotesten im letzten Jahr hier im vollbesetzten Audimax formuliert wurden. Forderungen die damals aufgestellt wurden und an denen sich bis heute, ein Jahr später nichts geändert hat. Die damals aufgestellten Punkte, mit ihrer Diskussionsgrundlage, sind heute unser Ausgangspunkt.

Es geht heute hauptsächlich um die beiden großen Themenblöcke Studiengebühren und Bologna. Doch was darüber hinaus als große Klammer über allem stehen soll ist **Studentische Mitbestimmung**. Denn würden wir die nicht haben wollen, wären wir alle heute nicht hier. Wir wollen uns an unserer Uni und für unsere Uni engagieren. Aber um unser studentisches Leben so zu gestalten wie wir möchten, brauchen wir mehr Mitspracherecht. Deshalb ist die Forderung nach studentischer Mitbestimmung das Motto des Tages.

Diese Forderung war bei den Bildungsprotesten an erster Stelle. Dazu gehören die **Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft** und die **Verankerung der Vollversammlung als konstitutive Struktur**.

In den meisten Bundesländern gehört eine verfasste Studierendenschaft ganz selbstverständlich zum Uni-Alltag dazu. In Bayern wurde die verfasste Studierendenschaft allerdings im Jahre 1973 abgeschafft. Dieses **Verbot** ist eine Nachwirkung der Studentenproteste von 1968, denn mit dem Verbot sollte die starke Position politisch engagierter StudentInnen an den Unis eingeschränkt werden, oder wie es der damalige Kultusminister Hans Maier ausdrückte, wurde das Verbot eingeführt, um „den linken Sumpf an den Universitäten trocken zu legen“.

Stattdessen wurden der Konvent und die Studierendenvertretung eingeführt. Was könnte die Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft für uns bedeuten?

Sie würde *mehr studentische Mitbestimmung* bedeuten, da sie eine **Körperschaft des öffentlichen Rechts** ist. Die verfasste Studierendenschaft ist eine Vereinigung der gewählten Studierenden die mit den Rechten einer juristischen Person ausgestattet ist und als gleichwertiger Verhandlungspartner Verträge schließen kann. Momentan ist es aber so, dass wir beispielsweise nur sagen können, dass wir gerne ein Semesterticket hätten, wir können aber mit den zuständigen Verkehrsbetrieben nicht selbstständig Verträge abschließen und sind somit kein gleichwertiger Verhandlungspartner, weder für die Uni noch für externe Firmen und Dienstleister.

Mehr studentische Mitbestimmung bedeutet auch **Finanzhoheit**. Eine gewählte Vertretung der verfassten Studierendenschaft kann einen kleinen Semesterbeitrag erheben und über diese Beiträge frei und unabhängig verfügen. Sie vertritt die Interessen der Studierenden nach Innen und Außen. Dazu nutzt sie die finanziellen Mittel, die ihr von den Studierenden zur Verfügung gestellt werden.

Ein **allgemeinpolitisches Mandat** bedeutet außerdem *mehr studentische Mitbestimmung*. Wir können Hochschulpolitik nicht losgelöst von anderen politischen und gesellschaftlichen Fragen betrachten. Mit einem allgemeinpolitischen Mandat kann sich eine gewählte Vertretung aller Studierenden auch für andere Themen einsetzen, die ihr wichtig erscheinen oder für die Studierenden von Bedeutung sein könnten. Als offizielles Organ hat sie eine stärkere Position nicht nur an der Universität, sondern auch in der außeruniversitären Öffentlichkeit.

Mehr studentische Mitbestimmung bedeutet vor Allem **Unabhängigkeit** von der Uni-Leitung. Im Zentralen Gremium zur Verwendung der Studienbeiträge beispielsweise, werden die studentischen Mitglieder vom Konvent vorgeschlagen, jedoch von der Universitätsleitung ausgewählt.

Unsere Versammlung ist ein erster Schritt zu studentischer Selbstorganisation. Aber selbst bis dahin war es ein langer Weg:

Während der Bildungsproteste haben wir uns das Recht auf Einberufung einer Versammlung aller Studierenden erkämpft. Nach dem letzten Herbst wurde dem Antrag des Konvents auf das Recht zur Einberufung einer Versammlung aller Studierenden dann zugestimmt. §25 (5) der Grundordnung der Universität wurde erweitert: „Der studentische Konvent kann einmal pro Semester eine Versammlung aller Studierenden der Universität einberufen. Zeit und Ort hierfür werden im Einvernehmen mit der Universitätsleitung festgelegt. Während der Versammlung sollen keine Lehrveranstaltungen stattfinden.“

Wir möchten durch diese Versammlung unsere Meinung zum Ausdruck bringen. So können wir versuchen über die Hochschulwahlen hinaus **politischen Druck** auf die Universität auszuüben.

Genau hier liegt der Knackpunkt: Das Problem ist nämlich, dass unsere Meinung für die Universitätsleitung **nicht entscheidungsrelevant** ist. Diese Versammlung hat gegenüber der Unileitung kaum Einflussmöglichkeiten. Die StuVe kann die Versammlung aller Studierenden nutzen um herauszufinden, was die Studierenden, die sie gewählt haben so denken und wünschen, sie kann diese Meinungen aber nicht direkt umsetzen.

Dies liegt an zwei Punkten, die oft auch als Argumente GEGEN die Versammlung aller Studierenden verwendet werden:

Der erste Vorwurf ist, dass die Versammlung aller Studierenden **nicht repräsentativ ist**. Dass wir, die wir hier alle sitzen, nicht repräsentativ sind. Und das daraus folgt, dass wir keine Beschlusskraft haben.

In den meisten Bundesländern ist die Vollversammlung jedoch das höchste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft.

Der 2. Punkt ist, dass wir zu wenig Mitspracherecht haben, um die gefassten Beschlüsse dann auch umzusetzen. Tatsache ist: **Je wichtiger die Entscheidung, desto weniger Mitspracherecht haben wir.** Das ist der Punkt, an dem wir heute und hier ansetzen müssen. Auf Uni-Ebene z.B. , Im Senat, der 2007 die Höhe der Studiengebühren an der Uni Erlangen Nürnberg auf 500 Euro festsetzte, sitzen lediglich 2 Studierende: ein studentischer Vertreter mit Stimmrecht und ein studentischer Vertreter mit beratender Funktion.

Von Seiten der Universitätsleitung wurden im Vorfeld dieser Versammlung viele **Steine in den Weg**¹ gelegt. Raumprobleme mussten dafür genauso als Begründung herhalten wie unpassende Uhrzeiten. Dadurch soll den Studierenden jeglicher Einfluss genommen werden.

Leider haben wir die Möglichkeiten einer verfassten Studierendenschaft heute noch nicht, aber wir wollen sie haben. Um dies zu zeigen, und zu formulieren, welche Dinge uns gerade nerven und welche Dinge wir gerne ändern würden, sind wir heute hier. Die Versammlung aller Studierenden ist ein erster Schritt für die studentische Selbstorganisation.

Den Studierenden wird jedoch die Fähigkeit abgesprochen, sich selbst zu organisieren, die Stimme zu erheben oder für die eigenen Interessen einzutreten.

Diese Versammlung ist der erste Schritt, zu zeigen, dass wir über unsere Angelegenheiten demokratisch selber entscheiden wollen und können. Dazu muss die Uni uns aber auch die Möglichkeit geben, dass sich alle Studierenden zusammen setzen können.

Wir müssen aber unsere Chance nutzen, die wir haben, mit möglichst vielen Studierenden die Forderung nach mehr studentischer Mitbestimmung an dieser Uni zu artikulieren. **Hier sitzen gerade 1000 Studierende, die zeigen, dass sie mehr Mitbestimmung wollen!** Gemeinsam können wir unseren Unmut über Bologna und Studiengebühren diskutieren und überlegen, was wir mit den uns gegebenen Mitteln an der Situation ändern können.

Diese Versammlung wurde uns nicht gegeben, wir mussten uns dafür einsetzen. Ein Jahr nach den Bildungsprotesten sitzen wir heute *legal und offiziell* hier. An der Tatsache, dass wir immer noch keine Mitbestimmung haben, hat sich nichts geändert. **Mehr studentische Mitbestimmung wird uns nicht gegeben, wir müssen sie uns nehmen!**

1 Der erste Versuch im Sommersemester 2010 die oben genannte Versammlung durchzuführen scheiterte, da die von Seiten der Studierenden vorgeschlagenen Termine von der Unileitung abgelehnt wurden und Raumanträge nicht genehmigt wurden. Nach dieser Verzögerung um ein Semester zeigte sich die Unileitung im Wintersemester 2010/2011 kooperativ und unterstützte die Versammlung aktiv. Laut Grundordnung der Universität werden Zeit und Ort im einvernehmen mit der Unileitung festgelegt.